

FAZ

24.7.12

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

## Landesausländerbeirat verstärkt Kampf gegen Diskriminierung

Netzwerk mit Hilfe des Bundes: Beratung und Fortbildung

toe. FRANKFURT. Ein neues Netzwerk aus rund 70 Organisationen soll die Arbeit zugunsten von Diskriminierungsopfern verbessern. Das kündigte Corrado Di Benedetto, der Vorsitzende des Landesausländerbeirats, gestern in Frankfurt an. Der Beirat ist Träger des Projekts, das von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes für ein Jahr mit 37 500 Euro gefördert wird. Danach müssen andere Geldgeber gefunden werden. „Die Anschubfinanzierung ist wichtig“, hob Di Benedetto hervor und forderte die Landesregierung auf, das Projekt zu unterstützen.

In dem Netzwerk sind etliche Migrantenorganisationen, religiöse Vereinigungen, Wohlfahrts- und Sportverbände sowie Ausländerbeiräte aus 27 hessischen Städten zusammengeschlossen. Weitere können hinzukommen. Um die Arbeit kümmern sich die Projektleiterin Faridah Shatanawi und deren Mitarbeiterin. Sie teilen sich eine Zweidrittelstelle, die beim Landesausländerbeirat angesiedelt ist.

Ziel des Netzwerks ist laut Di Benedetto, die Kooperation der beteiligten Partner zu verbessern, Mitarbeiter zu qualifizieren, der Diskriminierung vorzubeugen, Opfer zu beraten und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren. Neben der Hilfe für Opfer individueller Diskriminierung müsse aber auch gegen eine „strukturelle Diskriminierung“ angegangen werden, etwa im Bildungssektor, fügte der Vorsitzende hinzu.

Zu den ersten Projekten des Netzwerks gehört die Einrichtung einer „Hotline“, die es nach der Sommerpause geben soll. Bis dahin sind die beiden Mitarbeiterinnen unter der Nummer des Landesausländerbeirats zu erreichen. Sie lautet 06 11/98 99 50.

Di Benedetto eröffnete die Aktion gemeinsam mit Christine Lüders, der Lei-

terin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Wie sie schilderte, gibt es neun weitere Netzwerke dieser Art in Deutschland, die ebenfalls in diesen Tagen mit ihrer Arbeit beginnen. Zum Auftakt befassen sich alle mit der Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Ethnie oder Religion beziehungsweise Weltanschauung. Dafür investiert der Bund insgesamt 400 000 Euro. Nach und nach soll der Kreis erweitert werden, zum Beispiel mit Organisationen, die gegen Altersdiskriminierung angehen.

Es gebe viele Beispiele für Diskriminierung aufgrund einer ethnischen Zugehörigkeit oder religiösen Überzeugung, sagte Ulrike Foraci, die Geschäftsführerin des Landesausländerbeirats – zum Beispiel für kopftuchtragende Musliminnen bei der Arbeitssuche oder für Zuwanderer bei der Wohnungssuche.

In Frankfurt gibt es beim Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine eigene Ombudsstelle, bei der man sich über Diskriminierung durch städtische Ämter und Betriebe beschweren kann. Grundlage dafür ist die Antidiskriminierungsrichtlinie, die sich die Stadt im Jahr 2003 gegeben hatte. Im vergangenen Jahr war die Ombudsstelle, die auch für Fragen zum Aufenthaltsrecht und zur Einbürgerung zuständig ist, nach eigenen Angaben in 437 Fällen tätig, in 88 von ihnen wegen Diskriminierung.

„Es gibt Betriebe, auch städtische Betriebe, die drücken die Augen zu, wenn Mitarbeiter diskriminiert werden“, kritisierte Enis Gülegen, Vorsitzender der Kommunalen Ausländervertretung Frankfurt. Wichtig sei, Diskriminierung offenzulegen und so zu bekämpfen. Ein Auge haben will das Netzwerk auch auf Diskriminierung, die von Zuwanderern ausgeht, wie Foraci sagte. Jenes Problem sei zwar nicht so groß wie das der Diskriminierung durch Deutsche, aber es werde nicht vernachlässigt.